

Sitzungsniederschrift

4. Sitzung des Kreistages

Sitzungsort: KVHS Aurich, Oldersumer Straße 65 - 73, Raum 101		
Sitzungsdatum: 22.06.2017	Sitzungsbeginn: 16:01 Uhr	Sitzungsende: 17:07 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Sell, Erwin	SPD	
Mitglieder		
Akkermann, Hermann	SPD	
Albers, Angelika	GRÜNE	
Albrecht, Hinrich	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	Fraktionsvorsitzende GRÜNE
Bargmann, Bodo	CDU	
Beekhuis, Jochen	SPD	Fraktionsvorsitzender SPD
Behrends, Kuno	SPD	
Bienhoff-Topp, Ida	SPD	
Biller, Anita	SPD	
Bracklo, Agnes	GRÜNE	
Busker, Hinrich	SPD	
Constant, Franz	LtB	Gruppenvorsitzender AKSB
Erdmann, Erwin	CDU	
Feldmann, Julia	SPD	
Feldmann, Rainer	FDP	
Fohrden, Siebelt	CDU	
Forster, Hans	SPD	
Frerichs, Theo	CDU	
Gedes, Hilko	CDU	Stv. Landrat

4. SITZUNG DES KREISTAGES

Gossel, Arnold	CDU	
Harms, Antje	SPD	Stv. Landrätin
Harms, Erich	SPD	
Hoffmann, Gerhard	FW	
Ihnen, Hermann	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Kleen, Johannes	SPD	
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Klopsch, Ute	AfD	Fraktionsvorsitzende AfD
Looden, Jan-Adolf	AfD	
Lüppen, Christel	SPD	
Meyer, Alfred	SPD	
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Moroni, Hayo F.	FW	
Pickel, Sascha	SPD	
Reinders, Hermann	CDU	
Rinderhagen, Gerhard	CDU	
Röben, Hinrich	SPD	
Roß, Helmut	Roß	
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	Fraktionsvorsitzende DIE LINKE.
Siebels, Wiard	SPD	
Sikken, Wolfgang	CDU	
Stauß, Detlef	AfD	
Strömer, Wilhelm	FW	
Tammen, Harald	CDU	
Terfehr, Hans	SPD	
Trauernicht, Hinrich	SPD	
Trei, Hilko	FDP	
Ubben, Hilde	AWG	
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Weber, Harm-Uwe		Landrat



Wienbeucker, Johann	S.W.K.
Wirsik, Petra	GRÜNE
Verwaltung	
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Krabbe, Henni	Kreisrätin
Cramer, Sandra	
Habicht, Vera	Protokollführerin
Jelden, Frauке	Gleichstellungsbeauftragte
Kleen, Holger	
Malbrich, Silke	Protokollführerin
Müller-Gummels, Rainer	Pressesprecher
Saathoff, Irene	

Nicht anwesend:

Mitglieder

Behrens, Sven	CDU	Fraktionsvorsitzender CDU / Gruppenvorsitzender CDU/FW/FDP
Looden, Holger	AfD	
Odens, Roelf	CDU	
Tjaden, Hinrich	CDU	

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der öffentlichen Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 28.03.2017
5. Bericht des Landrates
6. Einwohnerfragestunde
7. Umbesetzungen für verschiedene Ausschüsse und Gremien
Vorlage: IX/2017/104
8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.05.2017 (stellv. Vorsitz im Ausschuss für Migration und Integration)
Vorlage: IX-AF/2017/020
9. Feststellung des Jahresabschlusses 2016 des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Aurich
Vorlage: IX/2017/134



10.	Entlastung des Landrates und der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2016 Vorlage: IX/2017/139
11.	Beschlussfassung zur Ergebnisverwendung des Eigenbetriebes Rettungsdienst Vorlage: IX/2017/140
12.	Geschäftsbericht 2016 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich; Beschlussfassung zur Schlussbilanz zum 31.12.2016 Vorlage: IX/2017/135
13.	Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Stieve und Poppinga über die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich; a) Kenntnisnahme und Erörterung, b) Erteilung der Entlastung Vorlage: IX/2017/136
14.	Ergebnisverwendung des Bilanzgewinns 2016 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich Vorlage: IX/2017/138
15.	Gründung des Eigenbetriebes "Breitbandnetz Landkreis Aurich" Vorlage: IX/2017/137
16.	1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 Vorlage: IX/2017/132
17.	Verlängerung bestehender Zweckvereinbarungen mit den Landkreisen Ammerland und Oldenburg über die Mitbenutzung der MBA Großfehn und der Deponie Mansie II im Landkreis Ammerland Vorlage: IX/2017/096
18.	Erfassung von Leichtverpackungen im Landkreis Aurich im Rahmen des Rücknahmesystems der Verpackungsverordnung durch die Dualen Systeme; Teilnahme an der Ausschreibung für den Leistungszeitraum 2018 bis 2020 Vorlage: IX/2017/097
19.	Änderung der Satzung des Jugendamtes Vorlage: IX/2017/018
20.	Änderung der Schülerbeförderungssatzung des Landkreises Aurich Vorlage: IX/2017/069
21.	Gewährung von Kreisbeihilfen Vorlage: IX/2017/086
22.	Anschubfinanzierung der Berufsakademie Ostfriesland Vorlage: IX/2017/105
23.	Weiterführung der Bildungsregion Ostfriesland Vorlage: IX/2017/106
24.	Namensgebung der IGS Aurich-West Vorlage: IX/2017/118
25.	Umstufungskonzept im Rahmen der Planung der B 210 n Vorlage: IX/2017/133
26.	Abschluss eines Vertrages mit der Gemeinde Hinte über die Unterbringung des ABC-Zuges (Katastrophenschutz) Vorlage: IX/2017/146

-
27. Spende für die Berufsbildenden Schulen 2 Aurich im Jahr 2017 überhalb der Wertgrenze von 2.000 €
Vorlage: IX/2017/057
-
28. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf kostenfreie Annahme von Grünabfällen an den Wertstoffhöfen
Vorlage: IX-AF/2017/018
-
29. Einwohnerfragestunde
-
30. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
-
31. Schließung der öffentlichen Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Sell eröffnete um 16:01 Uhr die öffentliche Sitzung

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Sell stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Sell teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt 28 „Bericht des Landrates“ vor die Einwohnerfragestunde gesetzt werde.

Die Tagesordnung des öffentlichen Teils wird in geänderter Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil - vom 28.03.2017

Abg. Jeromin-Oldewurtel bat, ihre Wortmeldung zu TOP 10 „Haushalt 2017“ (Seite 8) des Protokolls wie folgt zu ändern:

Seite 8, 6. Absatz, letzter Satz: „Die Ämter müssten bei einer Entschuldung einbezogen werden und versuchen, mit einem Vorgegebenen Betrag ihre Aufgaben zu erfüllen.“

Seite 8, letzter Absatz, 2. Satz: „Insgesamt muss man sich zumindest an die geplante Nettoneuverschuldung der mittelfristigen Finanzplanung des Vorjahres halten.“



Seite 8, letzter Absatz, letzter Satz: „[...]darauf gemünzt, sich auf den durchschnittlichen Wert der letzten fünf Jahre anzupassen.“

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils vom 28.03.2017 wird mit den Änderungen der Abg. Jeromin-Oldewurtel zu Tagesordnungspunkt 10 genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Bericht des Landrates

Landrat Weber erklärte, der durchgeführte Bürgerentscheid sei in Emden zulasten des Zentralklinikums ausgegangen. Es seien nun bald Entscheidungen über die beste Lösung zu treffen. In Emden habe man sich bereits für eine weitere Zusammenarbeit mit Aurich ausgesprochen. Es gebe jedoch eine Reihe von Varianten, die zur Verfügung stehen würden und die in den Fraktionen diskutiert werden sollten, um ein Meinungsbild erstellen zu können. Er persönlich sei maßlos unglücklich über den Ausgang in Emden, so **Landrat Weber**. Es gebe aber, wie auch bereits in der Vergangenheit kommuniziert, definitiv keinen Plan B. Ein Klinikverbund mit der Stadt Emden sei zwar schlechter als die Zentralklinik aber besser als alleine weiterzumachen.

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Margitta Schweers aus Norden fragte, ob die Entscheidungsgewalt in Sachen Zentralklinikum an den Kreistag zurückgehe oder ob dies eine fließende Maßnahme sei. Zudem fragte sie, ob Herr Eppmann als Geschäftsführer weiterarbeite und ob es eine Möglichkeit gebe, einen anderen Geschäftsführer einzusetzen. Abschließend wies sie darauf hin, dass das Aktionsbündnis in der kommenden Woche Einladungen zu einem runden Tisch an die Fraktionen verschicken werde.

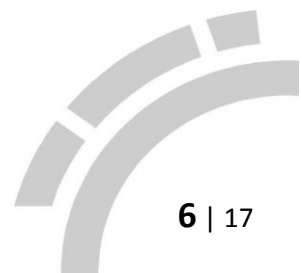
Landrat Weber erklärte, ob die Entscheidungsgewalt auf den Kreistag übergehe, hänge davon ab, ob der Konsortialvertrag weiterbestehe. Dies müsse im Kreistag entschieden werden. Zur zweiten Frage erklärte er, dass die Entscheidungen über die Geschäftsführer ebenfalls durch die politischen Gremien entschieden werden.

TOP 7 Umbesetzungen für verschiedene Ausschüsse und Gremien
Vorlage: IX/2017/104

Der Kreistag beschließt folgende Umbesetzungen:

Ausschuss für Kreisentwicklung:

Mitglied: Gila Altmann, Vertretung: Beate Jeromin-Oldewurtel, Petra Wirsik



Ausschuss für Schulen, Sport und Kultur:

Mitglied: Petra Wirsik, Vertretung: Beate Jeromin-Oldwurtel, Agnes Bracklo

Jugendhilfeausschuss:

Mitglied: Beate Jeromin-Oldewurtel, Vertretung: Agnes Bracklo, Gila Altmann

Landschaftsversammlung der Ostfriesischen Landschaft:

Gunnar Ott

Hilta Depser-Moritz

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 08.05.2017**
(stellv. Vorsitz im Ausschuss für Migration und Integration)
Vorlage: IX-AF/2017/020

Abg. Altmann erklärte, sie bräuchte als Vorsitzendes des Ausschusses für Migration und Integration einen Vertreter, falls sie sich zu einzelnen Punkten äußern müsste. Die großen Fraktionen hätten gewünscht, dass die Benennung in öffentlicher Sitzung erfolge. Sie schlage nun den Abg. Wienbecker als ihren Stellvertreter vor und bat um Zustimmung.

Abg. Frerichs schlug den Abg. Tammen als Stellvertreter vor.

Sodann ließ **Vorsitzender Sell** über den Vorschlag abstimmen, den Abg. Wienbecker als stellvertretenden Vorsitzenden zu benennen:

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 41 Enthaltungen: 0

➔ **mehrheitlich abgelehnt**

Danach ließ **Vorsitzender Sell** über den Vorschlag abstimmen, den Abg. Tammen als stellvertretenden Vorsitzenden zu benennen:

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 41 Nein-Stimmen: 14 Enthaltungen: 0

➔ **mehrheitlich beschlossen**

Der Kreistag stellte fest, dass Abg. Tammen als stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Migration und Integration für Abg. Altmann benannt wird.

TOP 9 **Feststellung des Jahresabschlusses 2016 des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Aurich**
Vorlage: IX/2017/134

Der Kreistag stellt den Jahresabschluss aus 2016 wie folgt fest.

Die vom Rettungsdienst des Landkreises Aurich für das Wirtschaftsjahr 2016 erstellte Bilanz schließt auf der Aktivseite und der Passivseite mit *4.901.856,89 Euro ausgeglichen ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresgewinn in Höhe von *238.336,33 Euro ab.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 10 **Entlastung des Landrates und der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Rettungsdienst des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2016**
Vorlage: IX/2017/139

Der Kreistag erteilt dem Landrat und der Betriebsleitung des Rettungsdienstes des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2016 Entlastung.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 11 **Beschlussfassung zur Ergebnisverwendung des Eigenbetriebes Rettungsdienst**
Vorlage: IX/2017/140

Der Kreistag trägt den Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2016 in Höhe von *238.336,33 Euro nach Abzug der Verzinsung des Eigenkapitals des Landkreises Aurich in Höhe von *16.361,34 Euro auf das Geschäftsjahr 2017 vor.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 12 **Geschäftsbericht 2016 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich; Beschlussfassung zur Schlussbilanz zum 31.12.2016**
Vorlage: IX/2017/135

Abg. Busker erklärte, es habe in diesem Jahr erfreuliche Ergebnisse im Bereich des Abfallwirtschaftsbetriebes gegeben. Der Überschuss belaufe sich auf über 1,4 Mio. €



und die Gebühren würden stabil bleiben. Zudem habe man den Vertrag mit dem Landkreis Ammerland verlängert. Die Anlage sei bis 2020 ausgelastet, der Umsatz betrage 20 Mio. €. Man könne also sagen, dass die damalige Entscheidung des Kreistages, die Abfallentsorgung zu rekommunalisieren, sehr gut gewesen sei. Sein Dank gelte den Mitarbeitern des Abfallwirtschaftsbetriebes und des MKW sowie Herrn Dörnath, so **Abg. Busker**.

Abg. Rinderhagen lobte, dass die Mitarbeiter zukunftsweisend unterwegs seien. Man könne nur hoffen, dass es so weitergehe. Die Arbeit im Betriebsausschuss mache immer Spaß. Lobenswert sei auch, dass man seit zehn Jahren die gleichen Gebühren hätte.

Abg. Constant erklärte, er könne sich seinen Vorrednern nur anschließen. Durch das vorausschauende Arbeiten der Mitarbeiter habe man einen Spitzenplatz im Bereich der Wiederverwertung inne. Er frage sich jedoch, was mit den erwirtschafteten Gewinnen passiere und warum die Sperrmüllabfuhr wesentlich verteuert worden sei. Man müsse auch was an die Bürger zurückgeben. **Abg. Constant** kündigte an, dass er in der nächsten Sitzung des Betriebsausschusses Abfallwirtschaft einen Antrag stelle, dass für Kleinmengen von Sperrmüll einmal im Jahr eine kostenlose Sperrmüllabfuhr angeboten werde.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Der Jahresabschluss 2016 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich wird festgestellt. Die Bilanz zum 31.12.2016 schließt auf der Aktivseite und Passivseite mit 35.766.281,08 € ausgeglichen ab. Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.469.046,09 € ab.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 13 **Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Stieve und Poppinga über die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich; a) Kenntnisnahme und Erörterung, b) Erteilung der Entlastung**
Vorlage: IX/2017/136

1. Der Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dr. Stieve & Poppinga über die Prüfung des Jahresabschlusses 2016 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich sowie der Bestätigungsvermerk des Wirtschaftsprüfers wird gemäß Anlage zur Kenntnis genommen.

2. Dem Betriebsleiter wird die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 14 **Ergebnisverwendung des Bilanzgewinns 2016 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich**
Vorlage: IX/2017/138

Der Jahresabschluss 2016 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Aurich weist einen Bilanzgewinn von 1.469.046,09 € aus. Dieser wird in die Gebührenkalkulation wie folgt vorgetragen:

2017	105.268,78 €
2018	105.268,79 €
2019	1.258.508,52 €

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 15 **Gründung des Eigenbetriebes "Breitbandnetz Landkreis Aurich"**
Vorlage: IX/2017/137

Abg. Altmann erklärte, man sei grundsätzlich für den Breitbandausbau. Man sei jedoch gegen die Gründung eines Eigenbetriebes, da dies ein Mittel für weniger Transparenz sei. Der Haushalt des Eigenbetriebes werde aus dem Haushalt des Kreises verbannt. Aus grundsätzlichen Erwägungen lehne man daher die Gründung ab.

Abg. Bargmann erklärte, die Investition von über 30 Mio. € sei sehr gut angelegt. Im Landkreis Aurich gebe es im Bereich Breitband noch viele weiße Flecken. Sehr positiv sei, dass an Großteil der Investitionen über Zuschüsse finanziert werden könnten, beim Landkreis würden elf Mio. € verbleiben. Die CDU begrüße die Gründung des Eigenbetriebes.

Seit dem letzten Beschluss zum Breitbandausbau sei jedoch bereits ein ¼ Jahr vergangen. Vorgabe des Landes sei, dass der Ausbau bis Ende 2018 fertiggestellt sei. Man müsse daher nun Strukturen schaffen, die handlungsfähig machen würden, appellierte **Abg. Bargmann**. Er sei insgesamt nicht so optimistisch wie die Verwaltung, die erklärt habe, dass sich der Betrieb über Pachteinnahmen refinanzieren lasse. Man müsse also damit rechnen, dass der Breitbandausbau den Landkreis langfristig Geld kosten werde. Es sei jedoch wichtig, eine vernünftige Infrastruktur zu schaffen.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Die Umsetzung des Breitbandausbaus im Landkreis Aurich erfolgt in der Organisationsform eines Eigenbetriebes (§ 136 i. V. m. § 140 NKomVG). Die beigefügte Betriebsatzung des Eigenbetriebes „Breitbandnetz Landkreis Aurich“ wird in der vorgelegten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 9 Enthaltungen: 0
 ➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 16 **1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017**
Vorlage: IX/2017/132

Abg. Jeromin-Oldewurtel erklärte, sie könne dem Nachtrag nicht einfach so zustimmen. In der letzten Finanzausschusssitzung, in der der Budgetbericht vorlegt worden sei, sei herausgekommen, dass es im Bereich des Finanzausgleichs ein Plus in Höhe von 2,9 Mio. € gebe. Mit dieser Summe könne man 105 Jahre das Europahaus unterstützen. Wenn man zudem die Berufsakademie Ostfriesland unterstütze, müsse man auch für das Europahaus Geld ausgeben.

Es sei jetzt wichtig, neu zu denken, insbesondere auch aufgrund der Situation rund um das Zentralklinikum, so **Abg. Jeromin-Oldewurtel**. Das aktuelle Defizit der UEK sei noch nicht bekannt aber bereits jetzt haushaltsrelevant. Es sei wichtig, die bestehenden Häuser nun auf einen guten Stand zu bringen. Dafür müsse man jedoch wissen, welche Mittel erforderlich seien. Sie würde es befürworten, wenn noch einmal die Haushaltsgruppe zusammengerufen werde, erklärte **Abg. Jeromin-Oldewurtel**. Dann könnten alle Fraktionen zusammen darüber diskutieren. Dabei solle auch die Meinung der kleinen Fraktionen etwas wert sein. Insgesamt werde heute der gesamte Haushalt noch einmal beschlossen, daher lehne sie den Nachtrag ab.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung des Landkreises Aurich für das Haushaltsjahr 2017 wird in der vorgelegten Form beschlossen. Der Stellenplan bleibt unverändert.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 46 Nein-Stimmen: 9 Enthaltungen: 0
 ➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 17 **Verlängerung bestehender Zweckvereinbarungen mit den Landkreisen Ammerland und Oldenburg über die Mitbenutzung der MBA Großefehn und der Deponie Mansie II im Landkreis Ammerland**
Vorlage: IX/2017/096

Der Verlängerung der öffentlich-rechtlichen Verträge (Zweckvereinbarungen) über

- **die Mitbenutzung der Deponie Mansie II durch den Landkreis Aurich vom 21.01.2003**
- **und die Mitbenutzung der MBA Großefehn durch die Landkreise Ammerland und Oldenburg vom 21.01.2003**

wird bis zum Ende der Laufzeit der Deponie Mansie II (voraussichtlich bis 31.12.2030) zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
 ➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 18 **Erfassung von Leichtverpackungen im Landkreis Aurich im Rahmen des Rücknahmesystems der Verpackungsverordnung durch die Dualen Systeme; Teilnahme an der Ausschreibung für den Leistungszeitraum 2018 bis 2020**
Vorlage: IX/2017/097

Der Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Aurich wird beauftragt an der im Mai 2017 beginnenden Ausschreibung der Dualen Systeme über die Erfassung von Leichtverkaufsverpackungen (LVP) für das Vertragsgebiet Aurich (NS102 Aurich) teilzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 19 **Änderung der Satzung des Jugendamtes**
Vorlage: IX/2017/018

Die Satzung für das Jugendamt des Landkreises Aurich vom 08.01.2015 wird entsprechend der als Anlage beigefügten Satzung abgeändert.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 50 Nein-Stimmen: 5 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 20 **Änderung der Schülerbeförderungssatzung des Landkreises Aurich**
Vorlage: IX/2017/069

Gem. § 58 Abs. 1 Nr. 5 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in Verbindung mit § 114 des Nds. Schulgesetzes (NSchG) wird der als Anlage beigefügte Entwurf der Satzung über die Schülerbeförderung als Satzung beschlossen. Die Satzung soll zum 01.08.2017 in Kraft treten. Gleichzeitig soll die bisherige Satzung außer Kraft treten.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 21 **Gewährung von Kreisbeihilfen**
Vorlage: IX/2017/086

Der Stadt Wiesmoor wird für den Neubau eines Brückenbauwerkes über den Nordgeorgsfehnkanal in Verlängerung des Amaryllisweges mit Beseitigung der vorhandenen Resedawegbrücke eine Kreisbeihilfe aus den Mitteln der Invest. Nr. 66-00-012 „Zuweisungen an Gemeinden, Infrastrukturvermögen“ in Höhe von 300.000 € gewährt. Für das Jahr 2018 werden weitere 240.000 € in Aussicht gestellt, soweit entsprechende Mittel im Haushalt 2018 bereitgestellt werden.
Die Finanzierung erfolgt als Festbetragsfinanzierung.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 22 **Anschubfinanzierung der Berufsakademie Ostfriesland**
Vorlage: IX/2017/105

Der Berufsakademie Ostfriesland e.V. wird für die Sicherstellung des dualen Studienangebotes eine Anschubfinanzierung in Höhe von jährlich 56.900,00 Euro ab dem Jahr 2018 bis 2022 vorbehaltlich entsprechend künftiger Beteiligung der Landkreise Leer, Friesland, Wittmund und der Stadt Emden zur Verfügung gestellt. Ab dem Jahr 2023 entfällt der Zuschuss durch den Landkreis Aurich an die Berufsakademie Ostfriesland.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 51 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 23 **Weiterführung der Bildungsregion Ostfriesland**
Vorlage: IX/2017/106

Der Landkreis Aurich unterstützt auch weiterhin die Bildungsregion Ostfriesland in einer dritten Förderperiode bis 2020 durch Zahlung des bisherigen Betrages in Höhe von 10.000,00 Euro jährlich.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 24 **Namensgebung der IGS Aurich-West**
Vorlage: IX/2017/118

Die IGS Aurich-West erhält gemäß § 107 Absatz 1 Niedersächsisches Schulgesetz folgenden Schulnamen:

Integrierte Gesamtschule Aurich

mit der gesetzlich vorgegebenen Bezeichnung der Schulform: Integrierte Gesamtschule.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 25 **Umstufungskonzept im Rahmen der Planung der B 210 n**
Vorlage: IX/2017/133

Dem von der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Geschäftsbereich Aurich, vorgelegten Umstufungskonzept im Rahmen der Planungen für die B 210 n wird sowohl für den Planfall 2.3 als auch für den Planfall 3.5 zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 44 Nein-Stimmen: 10 Enthaltungen: 1
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 26 **Abschluss eines Vertrages mit der Gemeinde Hinte über die Unterbringung des ABC-Zuges (Katastrophenschutz)**
Vorlage: IX/2017/146

Abg. Roß erklärte, die Vorlage sei für ihn nicht ausreichend begründet. Er halte diese Sache für einen Deal, da in Osterhusen für viel Geld ein Feuerwehrhaus errichtet werden solle. Er frage sich, was der Gemeinderat in Großefehn zu der Geschichte sage. Für ihn sei der Umzug des ABC-Zuges ein Deal zwischen dem Landrat und dem Bürgermeister der Gemeinde Hinte.

Landrat Weber teilte mit, dass er in dieser Sache kein einziges Gespräch geführt habe und es auch keinen Deal gebe.

Erster Kreisrat Dr. Puchert erklärte, der ABC-Zug sei nur für den Katastrophenschutz im Einsatz. Derzeit sei er in der alten Molkerei in Holtrop untergebracht. Im ABC-Zug würden Feuerwehrleute aus unterschiedlichen Wehren arbeiten. Das Erreichen der Sollstärke bringe immer eine gewisse Problematik.

Die Gemeinde Großefehn wolle die alte Molkerei nun anders verwenden, so **Erster Kreisrat Dr. Puchert**. Der Kreisbrandmeister Gerd Diekena, der selber aus Hinte



stamme, habe vorgeschlagen, den ABC-Zug an die Feuerwehr Osterhusen anzuschließen. Dies könne man auch mit dem Neubau des dortigen Feuerwehrgebäudes verbinden. Die Verteilung der Kosten bemesse sich an der Anzahl der Stellplätze, sodass auf den Landkreis $\frac{3}{4}$ und auf die Gemeinde Hinte $\frac{1}{4}$ entfalle. Man wolle die Gemeinde Hinte nicht übervorteilen, es sei daher eine angemessene vertragliche Gestaltung notwendig. Man habe nun die Interessen von Landkreis und Gemeinde angemessen berücksichtigt.

Abg. Beekhuis erklärte, er sei nicht vom Bürgermeister der Gemeinde Großefehn beauftragt worden, gegen den Umzug zu sprechen.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:

Der ABC-Zug des Landkreises Aurich, eine vom Bund zur Verfügung gestellte Katastropheneinheit, die bisher in der Gemeinde Großefehn, OT Holtrop stationiert war, wird in die Gemeinde Hinte, OT Osterhusen verlegt. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Vereinbarung zur Anmietung des Gebäudes (Optionsvertrag) mit der Gemeinde Hinte zu schließen. Die ab 2018 für die Anmietung erforderlichen Mittel werden bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 47 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 4
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 27 **Spende für die Berufsbildenden Schulen 2 Aurich im Jahr 2017 überhalb der Wertgrenze von 2.000 €**
Vorlage: IX/2017/057

Die Sachspende der Firma August Brötje GmbH, Rastede, für die Berufsbildenden Schulen 2 Aurich in Form von vier Heizungsthermen und entsprechendem Zubehör im Wert von 26.816,06 € wird angenommen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 55 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 28 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf kostenfreie Annahme von Grünabfällen an den Wertstoffhöfen**
Vorlage: IX-AF/2017/018

Abg. Altmann erklärte, im Fachausschuss sei ihr Antrag abgelehnt worden. Es habe jedoch einige Missverständnisse gegeben, die sie gerne ausräumen würde. Im Sommer sei in der Natur sehr viel Strauchschnitt, Blätter, etc. zu finden. Man solle für die Bürger, die ihren Strauchschnitt selber zu einem der Wertstoffhöfe bringen würden, einen Anreiz schaffen, in dem das Abgeben des Strauchschnittes kostenfrei sei. Zudem könne man so wildes Abkippen reduzieren.

Im Fachausschuss habe es einige Gegenargumente gegen den Antrag gegeben. Eins davon sei gewesen, dass ein kostenloses Abgeben nichts bringen würde. **Abg. Altmann** entgegnete, dass man es ja einfach einmal ausprobieren könne. Auch die Mehrkosten in Höhe von rund 550 T€ seien kein gutes Gegenargument, da man gar nicht wisse, woher die Summe stamme. Grünschnitt sei zudem ein Wertstoff und kein Müll, man könne also daraus Kompost herstellen und diesen verkaufen.

Ein weiteres Gegenargument sei gewesen, dass die kostenlose Abgabe nur eine Vergünstigung für wenige, nämlich für die Grundstücksbesitzer, sei. **Abg. Altmann** erklärte, die Anlieferer würden aber die Wegekosten übernehmen, die dann für die Abfuhr eingespart werden könnten. Abschließend sei noch der Vorschlag gekommen, ein wildes Abkippen als Ordnungswidrigkeit zu verfolgen. Dies sei jedoch schwierig, da man die Verursacher nicht herausfinden würde. Sie frage sich, wie hoch die Personaldecke beim Landkreis sei, wenn man Zeit habe, so etwas zu untersuchen, so **Abg. Altmann**.

Insgesamt könne der Landkreis Kosten sparen und ihr Vorschlag würde auch der Natur gut tun. Man solle daher ihren Vorschlag einfach einmal aufnehmen und ausprobieren.

Abg. Rinderhagen erklärte, die Mehrkosten müssten durch höhere Gebühren kompensiert werden. Dies sei die Sache nicht wert. Zudem würde der Strauchschnitt auch weiterhin wild abgeladen werden. Es solle daher die alte Regelung behalten bleiben.

Abg. Busker bezweifelte, dass ein Bürger aus der Krummhörn seinen Grünschnitt nach Georgsheil bringen würde.

Abg. Roß erinnerte daran, dass man vor vielen Jahren vorgeschlagen habe, in jeder Gemeinde Sammelstellen einzurichten. Dies sei jedoch von den Bürgermeistern nicht gewollt gewesen.

Abg. Warmulla erklärte, er halte die Idee der Grünen für sehr gut und würde den Antrag daher unterstützen. Die Grundstückseigentümer würden sicher gerne mehr pflanzen, würden aber nicht wissen, wohin sie mit ihrem Grünschnitt gehen sollten. Ein kostenloses Abgeben sei ein guter Anreiz.

Abg. Klopsch erklärte, sie unterstütze den Antrag der Grünen ebenfalls. Man müsse bedenken, dass viele Bürger ihren Grünschnitt auch noch in Säcke verpacken und diese dann in der Natur ablegen würden. Zudem sei ein kostenloses Abgeben in anderen Kommunen auch möglich.

Abg. Constant appellierte an die Kreistagsabgeordneten, auch bei den Redebeiträgen der kleinen Fraktionen ruhig zu sein, damit jeder in Ruhe zur Sache sprechen könne.

Vorsitzender Sell erklärte, dass man rechtlich verpflichtet sei, die Mehrkosten aus dem allgemeinen Gebührenhaushalt zu entnehmen.

Abg. Altmann wies darauf hin, dass Herr Sell als Vorsitzender nicht zur Sache reden dürfe. **Vorsitzender Sell** erklärte, er werde darauf achten, dass dies nicht wieder passiere.

Sodann fasste der Kreistag folgenden Beschluss:



Der Kreistag beschließt, dass Grünabfälle zukünftig in den Entsorgungszentren Georgsheil und Großefehn kostenfrei angenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 39 Enthaltungen: 1

➡ **mehrheitlich abgelehnt**

TOP 29 Einwohnerfragestunde

Es lag keine Wortmeldung vor.

TOP 30 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Es lag keine Wortmeldung vor.

TOP 31 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vorsitzender Sell schloss um 16:54 Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Weber
Landrat

gez. Sell
Vorsitzender

gez. Malbrich
gez. Habicht
Protokollführerin